



Ausschussdrucksache 21(21)7

Schriftliche Stellungnahme

der Sachverständigen Katharina Wiese

Öffentliche Anhörung
am 10. September 2025

Vorschlag der Europäischen Kommission
über den Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat,
den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss
der Regionen

Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft - der Mehrjährige
Finanzrahmen 2028-2034

KOM(2025)570 endg.; Ratsdok.-Nr. 11690/25

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen
Union und zur Aufhebung des Beschlusses (EU, Euratom) 2020/2053

KOM(2025)574 endg.; Ratsdok.-Nr. 11705/25

Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zum Vorschlag der Europäischen Kommission über den Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027

Der neue MFR 2028–2034 wird in einer Zeit verhandelt, in der wir drei große Aufgaben gleichzeitig bewältigen müssen:

- Die ökologische Transformation voranbringen – nur wenn wir den Umbau unserer Energie- und Wirtschaftsordnung ernsthaft gestalten, sichern wir Europas Zukunftsfähigkeit.
- Die Machtübernahme von rechtsextremen Parteien wie der AfD verhindern – denn Polarisierung und der Zulauf rechtsextremer Parteien bedrohen nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die demokratische Stabilität in Europa.
- Soziale Ungleichheit in den Griff bekommen – jedes fünfte Kind wächst in Europe in Armut auf¹. Zudem müssen 10 % aller Haushalte in Europe mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben – ein deutliches Zeichen für die wachsende Wohnungsnot, besonders in Städten.²

Und all das geschieht vor dem Hintergrund eines Krieges in Europa – und einer eskalierenden Klimakrise, die uns schon heute jedes Jahr Milliarden kostet.

Vor diesem Hintergrund ist klar: Der mehrjährige Finanzrahmen muss weit mehr sein als ein technisches Haushaltsinstrument. Er ist das zentrale Werkzeug, um Europas Zukunftsfähigkeit, Stabilität und Resilienz zu sichern.

Deshalb empfehlen wir der **Bundesregierung, sich insbesondere für folgende Punkte einzusetzen:**

1. **Der EU-Haushalt deutlich erhöht wird** und mindestens 50 % der Mittel verbindlich in Klima-, Biodiversitäts- und Sozialprojekte fließen; das LIFE-Programm eigenständig bleibt und Gender-Budgeting im gesamten EU-Haushalt angewendet wird.
2. **Faire und ausreichende Eigenmittel geschaffen werden**, indem ETS-Einnahmen für den Klimaumbau genutzt werden und zusätzliche progressive Einnahmequellen wie Übergewinnsteuern, Vermögenssteuern, Vielfliegerabgaben und Finanztransaktionssteuern eingeführt werden.
3. **Das „Do No Significant Harm“-Prinzip konsequent umgesetzt wird**, ohne Ausnahmen, keine fossilen Projekte erlaubt sind und eine klare Ausschlussliste eingeführt wird.
4. **Der gerechte Übergang gesichert wird**, indem der Just Transition Fund erhalten und ausgebaut wird und Zivilgesellschaft, lokale Communities und Gewerkschaften aktiv eingebunden werden.
5. **Resilienz Vorrang vor reiner Wettbewerbsorientierung hat**, durch gezielte Investitionen in Kreislaufwirtschaft, Erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität, Sorgeinfrastruktur und robuste Lieferketten mit sozialer Priorität.

¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_N033_63.html?utm_source=chatgpt.com

² <https://www.europarl.europa.eu/topics/en/article/20241014STO24542/rising-housing-costs-in-the-eu-the-facts-infographics>

Um die drei großen Aufgaben – ökologische Transformation, sozialen Zusammenhalt und demokratische Stabilität – tatsächlich anzugehen, ist es entscheidend, die vorgeschlagenen Mittel und Strukturen des MFR genau zu prüfen.

1. Vergleich mit der letzten Finanzperiode

Die oft zitierte Summe von „zwei Billionen Euro“ für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen klingt beeindruckend, inflationsbereinigt beträgt sie jedoch nur rund 1,44 Billionen Euro (in 2018 Zahlen). Nach Abzug der Rückzahlungen für die NextGenerationEU-Schulden verbleiben rund 1,32 Billionen Euro. NextGenerationEU war ein einmaliges Konjunkturpaket, das zusätzlich zum regulären EU-Haushalt geschaffen wurde, um die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie abzufedern und Investitionen in Klima, Digitalisierung und wirtschaftliche Resilienz zu beschleunigen.

Faktisch bedeutet dies: Der EU-Haushalt wächst real nur um etwa 250–300 Milliarden Euro im Vergleich zur laufenden Periode – also ein sehr begrenzter Anstieg von lediglich +0,02 Prozentpunkten des EU-BNE (von rund 1,13 % auf 1,15 %). Positiv ist, dass der Vorschlag ausdrücklich die Möglichkeit gemeinsamer Schuldenaufnahme vorsieht und ein Instrument für außergewöhnliche Krisen enthält. Solche Instrumente reichen jedoch nicht aus, um durch die Klimakrise verschärfte Notfälle, wie Gesundheits- oder geopolitische Krisen, wirksam abzufedern. Vorausschauende Investitionen in Klima- und Transformationspolitik sind erforderlich, um Krisen zu verhindern oder ihre Auswirkungen zu mildern.

Problematisch ist zudem, wie die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden sollen. Ein Schwerpunkt liegt auf Derisking-Strategien. Damit sind Maßnahmen gemeint, die öffentliche Mittel nutzen, um das Risiko für private Investoren zu senken – etwa durch Garantien, Kredite oder Versicherungen. Ziel ist es, privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren. Die Gefahr dabei: öffentliche Gelder dienen vorrangig der Renditesicherung privaten Kapitals, während zentrale soziale und ökologische Transformationen unzureichend direkt finanziert werden. Das zeigt sich etwa bei der Ausweitung von InvestEU, bei der Nutzung von Garantien und Darlehen statt direkter Zuschüsse für grüne Infrastruktur oder Energieeffizienzprojekte. Eine bessere Alternative wären direkte, gezielte Zuschüsse für Vorhaben mit hohem gesellschaftlichen Nutzen wie etwa erneuerbare Energien in strukturschwachen Regionen, soziale Infrastruktur oder Energieeffizienzmaßnahmen. So kann die EU öffentliche Mittel wirklich für Transformation und sozialen Zusammenhalt einsetzen, statt nur private Risiken abzusichern.

2. Strukturelle Veränderungen im EU-Haushalt

Die Kommission plant, die bisherigen sechs Hauptbereiche des Haushalts auf drei zu reduzieren. Gewinner sind Wettbewerbsförderung, Sicherheit und Verteidigung; Verlierer sind Kohäsion sowie Klima- und Umweltschutz. Zwar soll der Klimaanteil von 30 % auf 35 % steigen, in absoluten Zahlen bedeutet dies jedoch über 100 Milliarden Euro weniger als heute, wenn die Mittel aus NextGenerationEU mitgerechnet werden. Weitere Berechnungen sind erforderlich, um die exakten Zahlen zu bestimmen, doch in jedem Fall zeichnet sich ein Rückgang der zweckgebundenen Mittel für die grüne Transformation ab. Besonders problematisch sind:

- Kürzung des LIFE-Programms und Integration in den „European Competitiveness Fund“,
- kein eigenständiges Ziel für Biodiversität,

- Verteidigungsausgaben werden aus der Klimaquote herausgerechnet. Das bedeutet, dass diese Mittel nicht auf das Ziel für klimafreundliche Ausgaben angerechnet werden. Andere Programme müssen daher mehr für Klima und Umwelt investieren, um die Quote zu halten.

3. „Do No Significant Harm“-Prinzip

Positiv ist, dass das Prinzip künftig für den gesamten EU-Haushalt gelten soll. Probleme bestehen jedoch weiterhin: Verteidigungsausgaben bleiben ausgenommen, es gibt Ausnahmen für Projekte im „übergeordneten öffentlichen Interesse“, und fossile Projekte können indirekt gefördert werden. Greenwashing-Beispiele wie Rohstoffabbau oder Flughafenerweiterungen untergraben den European Green Deal. Es bedarf klarer Kriterien und konsequenter Umsetzung ohne Ausnahmen für Verteidigung.

4. Gerechter Übergang

Besonders kritisch ist der Vorschlag, den Just Transition Fund ersatzlos zu streichen. Dadurch gäbe es keine gezielte Unterstützung der Europäischen Union mehr für Regionen im Strukturwandel, und die Verantwortung läge vollständig bei den Mitgliedstaaten. Dies könnte soziale Spaltungen vertiefen. Es ist Vorsicht geboten bei der Bündelung aller Mittel über die Nationalen und Regionalen Reformpläne, da dies nationale Regierungen bevorzugt, die demokratische Kontrolle und Transparenz schwächt und die Beteiligung von Regionen, Kommunen und der Zivilgesellschaft reduziert. Dadurch drohen politische Instrumentalisierung und weniger bedarfsorientierte Investitionen. Um dem entgegen zu wirken, sollten Kommunen, Regionen und weitere Stakeholder wie Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Sozialpartner und Wissenschaft bereits in der Planungsphase verbindlich beteiligt werden. Ein Mehr-Ebenen-Ansatz mit Konsultationen, direkteren Fördermöglichkeiten sowie Unterstützung beim Kapazitätsaufbau würde sicherstellen, dass EU-Investitionen dort ankommen, wo Transformation konkret gestaltet wird.

Die Sozialquote, also der Anteil des EU-Haushalts, der gezielt für soziale Maßnahmen wie Armutsbekämpfung, Bildung und Beschäftigungsförderung eingesetzt wird, von vierzehn Prozent im EU-Haushalt ist ohnehin zu gering. Kritisch sehen wir auch die Bindung von EU-Geldern an verpflichtende Reformen im Rahmen des Europäischen Semesters, da leistungsorientierte Mittel zu Kürzungen im sozialen Bereich führen könnten. Sozialer Zusammenhalt und wirtschaftliche Resilienz müssen Hand in Hand gehen. Daher braucht es eine gezielte Mittelbindung sowie soziale und Umwelt-Standards. Der Haushalt der Europäischen Union sollte zudem klare Vorgaben zu Arbeitsrechten, Tarifautonomie, fairen Löhnen und dem Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten und Sozialschutz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enthalten.

5. Neue Eigenmittel

Neue Einnahmen sind grundsätzlich zu begrüßen, die vorgeschlagenen Quellen wie z.B. Tabakabgaben, E-Schrott oder Unternehmensumsatzabgaben (insgesamt 33 Mrd. € pro Jahr) sind jedoch zu gering. Problematisch ist, dass Einnahmen aus dem Emissionshandel künftig nicht direkt für die Energiewende verwendet werden. Stattdessen sollten progressive Einnahmen eingeführt werden:

- Steuer auf fossile Übergewinne,
- Vermögenssteuer auf Extremreichtum,
- Vielfliegerabgabe,
- Finanztransaktionssteuer.

Diese Vorschläge bieten ein Potenzial von bis zu 400 Mrd. Euro jährlich³, um den grünen Wandel fair zu finanzieren. Weiterhin werden mit diesen Vorschlägen Wohlhabende stärker zur Finanzierung von Klima, sozialer Infrastruktur und Forschung herangezogen, ohne geringere Einkommen zu belasten. Gleichzeitig fördern sie Geschlechtergerechtigkeit, weil Frauen tendenziell geringere Einkommen und Vermögen haben und häufiger in Teilzeit oder prekärer Beschäftigung arbeiten. Zusätzliche Mittel können gezielt in Care-Infrastruktur, Bildung, Programme zur Förderung weiblicher Erwerbstätigkeit und familienfreundliche Strukturen fließen, wodurch wirtschaftliche Chancen für Frauen gestärkt und geschlechtsspezifische Ungleichheiten reduziert werden.

³ <https://eeb.org/library/letter-to-finance-ministers-ahead-of-ecofin>